

P R O T O K O L L	über die 4. Sitzung des Hauptausschusses der Amtsperiode 2019/2024 am Mittwoch, dem 11.12.2019 um 17:30 Uhr im Kulturhaus Salzwedel, Seminarraum 10, Vor dem Neupervertor 10, 29410 Hansestadt Salzwedel
--------------------------	---

Anwesenheit:

Bürgermeisterin

Sabine Blümel

Stadtrat/Stadträtin

Stadträtin Ute Brunsch

Stadträtin Sabine Danicke

Stadtrat Peter Fernitz

Stadtrat Norbert Hundt

Stadtrat Wolfgang Kappler

Stadtrat Hanns-Michael Kochanowski

Stadtrat Volker Reinhardt

Stadtrat Martin Schulz

i.V. für Herrn Gille

Amtsleiter/in

Frau Anisa Fliegner

Frau Martyna Hartwich

Herr Andreas Hensel

Herr Matthias Holz

Frau Christiane Jehne

Frau Hella Jesper

Herr Olaf Meining

Verwaltung

Frau Marita Runge

Stadtrat/Stadträtin

Stadtrat Arne Beckmann

Stadträtin Gabriele Gruner

Stadtrat Marco Heide

Stadtrat Lothar Heiser

Stadtrat Roland Karsch

Stadträtin Brigitte Kiele

Ortsbürgermeister/in

Frau Heike Köhler

Sachkundige Einwohner

Herr Torsten Weimert

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr

Ende der Sitzung: 18:07 Uhr

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der zahlenmäßigen Anwesenheit der Hauptausschussmitglieder und damit der Beschlussfähigkeit

Frau Blümel eröffnet die 04. Sitzung des Hauptausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die zahlenmäßige Anwesenheit der Hauptausschussmitglieder und damit die Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Fernitz schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 nicht zu beraten (also abzusetzen) und diese dafür nur im Stadtrat zu behandeln.

Dieser Vorschlag wird mit 8 Nein-Stimmen bei 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Frau Blümel merkt an, dass die Beschlussvorlage 2019/075 allen Hauptausschussmitgliedern zur Aufnahme in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorliegt.

Der Hauptausschuss stimmt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme folgender ergänzter Tagesordnung zu:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der zahlenmäßigen Anwesenheit der Hauptausschussmitglieder und damit der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.11.2019
4. Bericht der Bürgermeisterin
5. Stellungnahmen der Fraktionen
6. Einwohnerfragestunde
7. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse
8. Gemeindliches Einvernehmen
9. Antrag 6/2019 der Freien Fraktion - Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
10. geänderter Antrag 01/2019 der AfD-Fraktion - Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
11. Anfragen und Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.11.2019

Es gibt keine Einwendungen.

Der Hauptausschuss genehmigt mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2019.

zu 4 Bericht der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin wird ihren Bericht in der folgenden Stadtratsitzung halten.

zu 5 Stellungnahmen der Fraktionen

Es gibt keine Wortmeldungen.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

zu 7 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Holz gibt die im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt.

**zu 8 Gemeindliches Einvernehmen
Vorlage: 2019/067**

Frau Fliegner erläutert den Sachverhalt.

Der Hauptausschuss beschließt mit 9 Ja-Stimmen, das gemeindliche Einvernehmen zum Genehmigungsantrag nach § 16 BImSchG der Biogas Dambeck GmbH & Co. KG zu versagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	-
Enthaltung:	-

zu 9 Antrag 6/2019 der Freien Fraktion - Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Antrag:

Die Bürgermeisterin, der Stadtratsvorsitzende und sein Stellvertreter sollen vom Stadtrat der Hansestadt Salzwedel ermächtigt werden, Verhandlungen mit allen demokratisch gewählten Landtagsabgeordneten aus der westlichen / Östlichen Altmark aufzunehmen. DAS KANN NUR GEMEINSAM GELINGEN! Sachsen-Anhalt soll, wie die Bundesländer um uns herum, diese unsoziale und ungerechtfertigte Art von Abgaben in eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes verankern. Regelmäßige Ergebnisse sollen dem Stadtrat vorgetragen werden.

Frau Blümel merkt an, dass der Antrag erst am 28.11.2019 im Rathaus eingegangen ist.

Frau Brunsch macht, da sich alle Fraktionen in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge eigentlich einig sind den Vorschlag, dass der Stadtrat eine Resolution an die Landesregierung verabschiedet.

Den Entwurf, den Ihre Fraktion entworfen hat, liest sie vor:

Resolution an den Landtag von Sachsen-Anhalt

Wir fordern: Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll endlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine sofortige Entscheidung herbeiführen. Der Regierung und den Abgeordneten liegt seit November 2018 ein konkreter Vorschlag, wie Einnahmeausfälle der Gemeinden ausgeglichen werden können, vor. Nachdem nun deutschlandweit die Forderung nach bundeseinheitlicher Abschaffung der unsozialen und ungerechten Straßenausbaubeiträge erhoben wurde und dies auch in unserem Bundesland diskutiert wird, muss der Landtag sich zu einer Abschaffung und einer Kompensation bekennen

Der für die Bürgerinnen und Bürger belastende und auch existenzbedrohende Kostenfaktor muss weg.

Diesbezüglich ist das Kommunalabgabengesetz umgehend zu ändern.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist auch für die Gemeinden ein Kostenfaktor.

Die Personal- und Sachkosten sind enorm.

Der Stadtrat der Hanse- und Baumkuchenstadt Salzwedel sendet mit dieser Willenserklärung ein klares Signal an die Landesregierung, an alle Fraktionen und Abgeordneten im Interesse aller Grundstückseigentümer zu handeln.

Stadtrat der Hansestadt Salzwedel

Der Stadtratsvorsitzende

11.12.2019

Frau Blümel macht den Vorschlag, folgenden Absatz in diese Resolution aufzunehmen und eine kleine Änderung vorzunehmen:

Hinter dem Wort (1. Absatz letzte Zeile) „wird“ ist ein Punkt einzufügen. Der Rest des Satzes ist zu streichen. Sie verliest den zusätzlichen Absatz:

Der Stadtrat der Hansestadt Salzwedel unterstützt die bürgerschaftlichen Initiativen in Salzwedel und im Land Sachsen-Anhalt dahingehend, dass eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt dahingehend erfolgt, dass keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden.

Dies steht unter der Bedingung, dass die dann entstehenden Einnahmeausfälle für den Haushalt der Hansestadt Salzwedel – für alle anderen Kommunen auch – auf andere Weise und vollständig durch das Land Sachsen-Anhalt kompensiert werden müssen.

Die Problematik Straßenausbaubeiträge wird diskutiert.

Der Hauptausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen dem Stadtrat, folgende Resolution zu beschließen:

Resolution an den Landtag von Sachsen-Anhalt

Wir fordern: Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll endlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine sofortige Entscheidung herbeiführen. Der Regierung und den Abgeordneten liegt seit November 2018 ein konkreter Vorschlag, wie Einnahmeausfälle der Gemeinden ausgeglichen werden können, vor. Nachdem nun deutschlandweit die Forderung nach bundeseinheitlicher Abschaffung der unsozialen und ungerechten Straßenausbaubeiträge erhoben wurde und dies auch in unserem Bundesland diskutiert wird, muss der Landtag sich zu einer Abschaffung und einer Kompensation bekennen

Der Stadtrat der Hansestadt Salzwedel unterstützt die bürgerschaftlichen Initiativen in Salzwedel und im Land Sachsen-Anhalt dahingehend, dass eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt dahingehend erfolgt, dass keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden.

Dies steht unter der Bedingung, dass die dann entstehenden Einnahmeausfälle für den Haushalt der Hansestadt Salzwedel – für alle anderen Kommunen auch – auf andere Weise und vollständig durch das Land Sachsen-Anhalt kompensiert werden müssen.

Der für die Bürgerinnen und Bürger belastende und auch existenzbedrohende Kostenfaktor muss weg.

Diesbezüglich ist das Kommunalabgabengesetz umgehend zu ändern.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist auch für die Gemeinden ein Kostenfaktor.

Die Personal- und Sachkosten sind enorm.

Der Stadtrat der Hanse- und Baumkuchenstadt Salzwedel sendet mit dieser Willenserklärung ein klares Signal an die Landesregierung, an alle Fraktionen und Abgeordneten im Interesse aller Grundstückseigentümer zu handeln.

Stadtrat der Hansestadt Salzwedel

Der Stadtratsvorsitzende

11.12.2019

Der Antrag 06/2019 der Freien Fraktion wird mit 3 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

zu 10 **geänderter Antrag 01/2019 der AfD-Fraktion - Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Antrag: Absetzung der Straßenausbaubeiträge

Der Stadtrat der Hansestadt Salzwedel möge in namentlicher Abstimmung folgenden Antrag beschließen:

Alle geplanten Baumaßnahmen, für die gemäß Kommunalabgabengesetz (KAG LSA) § 6 Straßenausbaubeiträge für die Jahre 2020 und 2021 fällig würden, werden zurückgestellt. Dies gilt spätestens bis zum 31.12.2021 und frühestens bis zur Neuregelung des KAG in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge auf Landesebene.

Frau Blümel erklärt, dass für die Jahre 2020 und 2021 keine Straßenbaumaßnahmen geplant sind. Allerdings sind Maßnahmen, wie Straßenbeleuchtung, geplant.

Der Antrag sollte mit dem Haushalt 2020 beraten werden und daher schlägt Frau Blümel

vor, diesen im kommenden Finanzausschuss am 18.12.2019 zu beraten und somit für den Hauptpausschuss zu vertagen bis zum 08.01.2020.

Dem Vorschlag der Bürgermeisterin wird mit 9 Ja-Stimmen entsprochen.

zu 11 Anfragen und Anregungen

Es gibt keine Wortmeldungen.

gez. Sabine Blümel
Bürgermeisterin

gez. Marita Runge
Protokollführung